

Ferien, ein «kleines Problem», Knast

## «Please don't forget me ...»



*Freudiges Wiedersehen: Seda und ihr Freund Robin nach ihrer Freilassung.*

**Die in der Schweiz als Flüchtling anerkannte türkische Journalistin Seda Aktepe wurde während ihres Italienurlaubs verhaftet. Grund: ein internationaler Haftbefehl der Türkei. Acht Tage lang kämpften Seda und ihre Unterstützer\_innen um ihre Freiheit. Zurück bleibt gelebte internationale Solidarität und das Wissen, dass wir nicht alle sind - es fehlen die Gefangenen.**

Seda und ihr Freund Robin wollen ihre Ferien im toskanischen Castiglioncello verbringen. Am 30. April steht plötzlich die Polizei vor ihrem Hotelzimmer. Seda müsse mitkommen, es gäbe ein «kleines Problem», eine Kontrolle wegen des genauen Asylstatus von Seda in der Schweiz, es dauere nur ein paar Minuten. Auf die uniformierten Polizisten folgen bald Herren in Zivil, welche mit Rom Kontakt aufnehmen. Rom meldet: «grosses Problem», Terrorverdacht, ein internationaler Haftbefehl aus der Türkei liege vor. Die Herren in Zivil untersuchen Hotelzimmer und Auto. Seda muss die erste Feriennacht im Gefängnis von Livorno verbringen und wird am 1. Mai nach Pisa überstellt.

### **(Knast-)Erfahrungen**

Es ist nicht das erste Mal, dass Seda Aktepe eine Gefängniszelle von innen sieht. Die türkische Politaktivistin und Journalistin geriet 2004 in Ankara nach einer Demo zur Unterstützung von Gefangenen und gegen neue Isolations-Hochsicherheitsgefängnisse auf den Radar der türkischen Behörden und wurde festgenommen. Nach insgesamt sieben Monaten Untersuchungshaft wurde sie freigelassen und nach mehreren Prozessen 2010 von der türkischen Justiz zu 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren Gefängnis wegen Propaganda für und Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation (Marksist Leninist Komünist Parti/MLKP) verurteilt. Im Januar 2011 flüchtete Seda in die Schweiz und erhielt im Februar 2013 den Flüchtlingsstatus sowie den B-Ausweis.

### **Haftbefehle**

Aber Seda blieb vorsichtig. Denn im Jahr 2012 wurde Basak Sahin Duman, eine türkische Freundin von Seda, die Asyl in Deutschland erhalten hatte, im Kroatien-Urlaub wegen eines interna-

tionalen Interpol-Haftbefehls der Türkei verhaftet. Basak war wie Seda in Folge der Demo im Jahre 2004 ebenfalls zu 7<sup>1/2</sup> Jahren Gefängnis verurteilt worden. In Kroatien sass sie über zwei Monate in Auslieferungshaft. Beunruhigt informierte Seda sich vor der Italien-Reise über die herrschende Haftbefehl-Praxis der Türkei. Die konsultierten Anwäl\_tinnen in der Türkei beruhigten sie: Die Haftbefehle seien seit 2012 nicht mehr wichtig. Was Seda nicht wissen konnte: Da offenbar niemand die Namen auf der Fahndungsliste löschen liess, galten die Haftbefehle rein formell immer noch.

### **Isolation**

Ein Bett, ein Tisch, ein Stuhl, ein Buch, drei Kübel für Waschen, Zähneputzen und Klo, kein fließendes Wasser – das ist Sedas Reich in Pisa. Während drei Tagen ist sie nicht fähig zu essen. Mitgefangene dürften eigentlich gar nicht mit «der Terroristin» reden. Was einzelne englischsprachige Inhaftierte nicht daran hindert, es trotzdem zu tun. Einmal muss eine Gefangene sogar für die sprachlich überforderten Beamt\_innen übersetzen. Während Sedas täglicher Stunde Hofgang müssen ihre Mitgefangenen in den Zellen bleiben, obwohl es für diese Isolationshaftbedingungen keine Rechtsgrundlage gibt.

### **Bürokratie und Solidarität**

In der Toskana ist Sedas Freund Robin erst mal auf sich alleine gestellt. Die für den Fall Seda zuständigen Beamt\_innen in Livorno sind nicht gerade freundlich und reagieren arrogant. Und auch die Schweizer Bürokratie ist nicht gerade hilfreich.

Der Kontakt mit Student\_innen des Centro Sociale «eXploit» in Pisa bringt endlich die benötigte lokale Unterstützung. Sie helfen ihm bei Behördenbesuchen, der Suche nach politischen Anwäl\_tinnen, Kontakten zu italienischen Organisationen und Politiker\_innen, der Medienarbeit und bei der Aufgleisung einer Kampagne, die bald Wellen in Italien, der Schweiz und der Türkei schlägt. Die Kampagne macht sogar Politiker\_innen aus höchsten italienischen Regierungskreisen auf den Fall aufmerksam. Die Solidaritätsbekundungen und Unterstützungsangebote nehmen stetig zu.

Die neben der Pflichtverteidigerin von Schweizer Freund\_innen über Amnesty Schweiz engagierte zusätzliche Anwältin beantragt vorsichtshalber in Italien politisches Asyl für Seda. Und Robin organisiert mit Hilfe der italienischen Unterstützer\_innen ein Haus, in dem Seda in Hausarrest versetzt werden könnte. Alles fokussiert sich auf die Gerichtsverhandlung vom Freitag, 8. Mai, in Florenz.

### **«Libertà»**

Am 8. Mai tritt eine Beamtin in Sedas Zelle und entgegnet auf Sedas Wunsch, endlich duschen zu können: «Libertà». Ihre später erscheinende Anwältin bestätigt: Freilassung noch am gleichen Tag. Da die Türkei – vorläufig – auf den Vollzug des Haftbefehls verzichtet, gibt es für das Gericht in Florenz keinen Grund mehr, Seda länger festzuhalten.

Kurz vor ihrer Freilassung erlebt Seda doch noch einen traurigen Moment. Sie schenkt alles, was sie nicht mehr braucht, ihren Mitgefangenen, die zum Teil trotz Kontaktverbots mit ihr kommuniziert hatten. So erfährt sie auch mehr über die schlechten Haftbedingungen in Pisa. Eine Gefangene ist beim Abschied ziemlich verzweifelt: «Please don't forget me ...»

### **Es fehlen die Gefangenen ...**

Was sind Sedas und Robins Fazit der acht Tage? Die neuen Freundschaften in Pisa werden sicher noch lange währen. Die erfahrene Solidarität und Zusammenarbeit über alle ideologischen und realen Grenzen hinweg in Pisa, Bern und anderswo lässt auf mehr hoffen.

Die Gründe für Sedas überraschend schnelle Freilassung werden wohl im Dunkeln bleiben. Denn sie ist eigentlich alles andere als normal. «Normalerweise» wäre Seda viel später entlassen worden – da sie aber nach Schweizer und internationalem Recht als Flüchtling anerkannt ist, hätte dies Italien schliesslich auch akzeptiert; die für diese Erkenntnis nötigen Übersetzungsarbeiten der Schweizer Asyldokumente hätten jedoch Monate gedauert. Hat der internationale mediale und politische Druck alles beschleunigt?

Die Türkei wollte Seda «jetzt» nicht. Der Haftbefehl ist seitens der Türkei «vorübergehend» zurückgezogen worden. Die Türkei hat schon 2012 mit der Reduzierung der Haftstrafen für politische Aktivist\_innen versucht, das eigene Image als «Rechtsstaat» aufzupeppen. So auch im Fall Seda und Basak Sahin Duman?

### **Eintragen!**

Was bedeutet das für zukünftige Auslandsreisen von anerkannten Flüchtlingen aus der Türkei? Ein Erfolg in Sedas Fall ist, dass offenbar jetzt bei allen der Haftbefehl vorläufig ausgesetzt werden soll. Was aber viele kurdische und türkische anerkannte Flüchtlinge dringendst tun müssen, ist, sich in die europaweite Kartei für politisch anerkannte Flüchtlinge einzutragen. Dies hilft bei Polizeikontrollen im Ausland. Ohne diesen Eintrag ist es für die Türkei einfacher, mit internationalen Haftbefehlen missliebige politische Aktivist\_innen auch im Ausland zu jagen und zu schikanieren.

Auch die Solidarität mit den Gefangenen – den politischen wie den sozialen – sollte aufrechterhalten, erneuert und breit diskutiert werden. In der Türkei sitzen Tausende in Gefängnissen und es ist nicht nur für kurdisch-türkische Zusammenhänge schon fast normal geworden, dass das so ist. Wer wie Seda ein gutes Netzwerk hat, kann auf grosse Unterstützung hoffen, wer unbekannt oder Migrant\_in ist, im Knast oder in Ausschaffungshaft sitzt, hat oft Pech. Hier bräuchte es dringend grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Solidarität.

Oder wie es eben die Gefangene in Pisa ausdrückte: «Please don't forget me ...»

**augenauf Bern**

Die ungekürzte Version des Textes kann in der Juni-Ausgabe der Reitschule-Zeitschrift «Megafon» (Nr. 380) nachgelesen werden:

<http://megafon.ch/html/artikel.php?IDArtikel=1877>

## Widerstand gegen die Politik der Lager - lokal und national

# Smash the Camps!

**Auf die Demonstration vom 4. Mai 2013 gegen den Hochfeldbunker in Bern folgt am Pfingstwochenende der Widerstand gegen die Lagerpolitik auf nationaler Ebene: Das Duttweiler-Areal in Zürich West wird besetzt.**

Auf diesem Areal plant der Staat das erste «Bundeszentrum» für Asylsuchende, um zu testen, wie seine neue Strategie in der Asylpolitik funktioniert. Grundlage dieser Strategie ist es, Asylsuchende konsequent vom Rest der Bevölkerung zu trennen. Erst durch diese Marginalisierung entstehen Feindbilder. Sie werden durch die Politik bewirtschaftet und instrumentalisiert, um noch mehr Repression zu fordern. So entsteht in der Schweiz im Zuge des Arabischen Frühlings nicht etwa eine solidarische Haltung gegenüber den Freiheitsbewegungen vor Ort; vielmehr etabliert sich ein rassistischer Diskurs rund um die «Nordafrikaner», die als undankbare, kriminelle und gewalttätige Männer konstruiert werden. Im Kanton Bern hat dies zur Folge, dass die Repression in den bestehenden Lagern erhöht wird – auch im Hochfeldbunker in der Stadt Bern.

### «Der Bunker bleibt ein Bunker»

Genau ein Jahr nach der ersten Demonstration des Komitees gegen Fremdenhetze und Asylbusiness wird am 4. Mai 2013 erneut gegen den Hochfeldbunker mobilisiert. Im Vorfeld der Demonstration bringt die ORS AG alle Insass\_innen aus dem Bunker; die Demonstrierenden halten jedoch fest: «Der Bunker bleibt ein Bunker! Er ist kein Ort zum Leben, weder für Kinder, für Frauen, noch für Männer.» Seit kurzem erhalten die Bewohner\_innen drei Franken Bargeld pro Tag, das ihnen wieder rechtmässig zusteht. Mehr als ein Jahr erhielten die Bewohner\_innen jedoch keine Sozialhilfe, sondern nur Sachabgaben. Dieses Geld floss in die Taschen der ORS AG, die auf den Rücken der Asylsuchenden ihren Profit erwirtschaften. Nach wie vor führt die ORS AG den Hochfeldbunker, nach wie vor dreht die Securitas ihre Runden und sorgt für permanente Kontrolle und damit Stress im Alltag der Flüchtlinge.

### «Rassismus einbunkern»

Die 200 Demonstrierenden vom 4. Mai 2013 erleben die Repression in der Lagerpolitik hautnah: Als der Demozug den Hochfeldbunker erreicht, blockiert ein massives Polizeiaufgebot die Eingänge des Gebäudes. Trotz dieser Schikane schliessen sich Bewohner der Kundgebung an und melden sich zu Wort. Sie prangern neben den menschenunwürdigen Lebensbedingungen im Bunker die massive Repression von Seiten der Polizei und der Securitas an. Auch das Komitee verurteilt diese repressive Praxis, welche die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit der Bewohner\_innen stark verletzt. Auf dem Fronttranspi



*Protest gegen das Bundeszentrum in Zürich West.*

der Demonstration prangt in grossen Lettern «ORS raus, Käse(r) lagern - Hochfeldbunker schliessen, Rassismus einbunkern». Als Vorsteher der Polizei- und Militärdirektion ist Hans-Jürg Käser verantwortlich für die Lagerpolitik des Kantons Bern.

### «Smash the Camps»

Als oberster Chef der Polizeidirektor\_innen treibt Hans-Jürg Käser die repressive Lagerpolitik auch auf nationaler Ebene voran. Eine Bewegung, die sich «Smash the Camps» nennt, besetzt am Pfingstwochenende das Duttweiler-Areal in Zürich West. «Smash the Camps» wird von direkt Betroffenen und Solidarischen, Einzelnen und Gruppierungen gebildet und nimmt sich den Raum, in dem das erste Bundeslager gebaut werden soll, um gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, die Abläufe des repressiven Migrationsregimes zu sabotieren. Mit Widerstand gegen die Lagerpolitik – auch auf nationaler Ebene – kann gerechnet werden.

augenauf Bern

## Zürich kaserniert - der Bund bezahlt

# Testzentrum: Asylpolitische Mogelpackung

**Restrukturierung, Verfahrensbeschleunigung, Zentralisierung: Das Bundesamt für Migration (BFM) sieht sich seit einiger Zeit mit selbstverschuldeten Kapazitätsengpässen konfrontiert.**

Die Flüchtlingsverfahren dauern lange. Zu lange, insbesondere für jene Flüchtlinge, die mit einem positiven Bescheid ihres Gesuches rechnen können. Die Behörden auf allen politischen Ebenen setzen neu auf grosse Verfahrenszentren unter Führung des Bundes. Die Stadt Zürich hat zu Beginn dieses Jahres angeboten, ihre «Verantwortung» wahrzunehmen und Raum für ein solches eidgenössisches Verfahrenszentrum für 500 Leute zur Verfügung zu stellen. Die Planungen für dieses erste Testzentrum laufen seither auf Hochtouren.

## Money, money, money

Die Kasernierung der schutzsuchenden Flüchtlinge wird als notwendige Bedingung für die Verfahrensbeschleunigung dargestellt. Es entsteht der Eindruck, dass die Stadt Zürich mit ihrem Angebot Verantwortung übernehmen und Hand zu einer «humanitären Lösung» bieten wolle. Doch in Tat und Wahrheit geht es um viel Geld. Der Bund wird nämlich die Kosten für das Testzentrum übernehmen. Dadurch will die Stadt jährlich rund 1 Million Franken sparen.

Gerne wird so getan, als ob die geplanten Verfahrenszentren des Bundes die Situation der Flüchtlinge verbessern würde. Doch in Wirklichkeit wird ihre prekäre Situation dadurch zusätzlich verschärft. So sollen die Verfahren zeitlich gestrafft, die Rekursfristen massiv gekürzt und die Bewegungs- und Handlungsfreiheit der Flüchtlinge in den Zentren stark eingeschränkt werden. Man will die eingeknasteten, vermeintlich «renitenten» und abgelehnten Flüchtlinge einfacher und schneller kontrollieren können.

## Enge 12-Personen-Zimmer

Im geplanten Testzentrum in Zürich West sollen auf rund 6000 m<sup>2</sup> bis zu 500 Flüchtlinge untergebracht werden – auf einer Fläche, die um einiges kleiner ist als das Spielfeld des Zürcher Letzigrunds.

Neben den Flüchtlingsunterkünften sollen zusätzlich rund 100 Büroarbeitsplätze eingerichtet werden. Dort werden am Asylverfahren beteiligte SachbearbeiterInnen unterschiedlicher Institutionen beschäftigt. Für die rund 50 zu erwartenden Kinder soll eine Schule entstehen. Laut Norbert Müller, Projektleiter und Stabschef des Zürcher Stadtrates, sind derzeit 12-Personen-Zimmer vorgesehen. Es wird also eng in Zürich West – wesentlich enger als im «Asyl-Musterbeispiel Holland» (siehe Kasten).

Die Hausordnung der bestehenden Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) soll als Grundlage für die rechtliche Regelung des Alltags im Verfahrenszentrum dienen – allenfalls mit Einschränkungen. Im Testzentrum werden die Menschen neu bis maximal 140 Tage untergebracht. In den heutigen EVZ bleiben die Flüchtlinge nicht einmal halb so lange.

## Spielball Rechtssicherheit

In den Verfahrenszentren sind zusätzliche Einschränkungen vorgesehen. So werden die Rekursfristen von 30 auf 10 Tage reduziert. Die Freiplatzaktion und die Demokratischen Juristinnen und Juristen Schweiz (DJS) haben dies aus juristischer Sicht bereits kritisiert. Im Vergleich zu Holland bedeutet dies eine Reduktion der Rekursfrist um den Faktor 3. Diese kurzen Fristen dienen mitnichten einer direkten Verfahrensverkürzung, sondern vielmehr dazu, seriöse und gut begründete Rekurse nicht (mehr) zu ermöglichen. Das ist eine Verkürzung zulasten der Rechtssicherheit. Die Zuteilung der Rechtsvertretung, die unter Umständen in unmittelbarer Nähe zu den Migrationsbehörden angesiedelt wird, wäre ein weiteres Defizit: Vertrauen in unabhängige Rechtsvertretungen bedarf der geografischen Unabhängigkeit. Darüber hinaus soll, entgegen den Ankündigungen von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die Rechtsvertretung nur während des ordentlichen Verfahrens und nicht für allfällige Rekurse zur Verfügung gestellt werden.

Neben der Gefährdung der Rechtssicherheit gibt es kaum Aussicht auf beschleunigte Verfahren für die Flüchtlinge. Beschleunigte Verfahren sollen nämlich vor allem durch die Priorisierung von

## Auge drauf

 **Herzlicher Empfang sieht anders aus**  
Gaia Kosovo ist eine Friedensorganisation. Sie arbeitet vor allem in den Bereichen Bildung und Integration marginalisierter Gruppen, wie den Roma oder den Ashkali. Im Rahmen der Aktionswoche gegen Rassismus hat der Service Civil International (SCI) Freiwillige von Gaia im März dieses Jahres nach Bern eingeladen. Zwei Mitglieder von

augenauf Bern haben die AktivistInnen von Gaia getroffen, um sich über die Arbeit auszutauschen und sich zu vernetzen.

Ein Tag nach diesem Treffen wurde ein Rom aus der Gruppe von Polizisten in Zivil aufgegriffen. Obwohl er sich ausweisen konnte – mit Pass, Visum und Einladung für die Aktionswoche gegen Rassismus – wurde er auf den Posten mitgenommen, wo er sich

für weitere «Kontrollen» ausziehen musste. Der Gaia-Aktivist wurde später wieder freigelassen und hat versichert, die Polizei habe sich ihm gegenüber korrekt verhalten.

Hat sie das? Internationaler Austausch und Solidarität, Toleranz gegenüber anderen und das Kennenlernen anderer Kulturen: Wir sind für eine Aktionswoche gegen Rassismus für die Berner-Polizei!

vermeintlich aussichtslosen Fällen (v.a. Dublin-Fälle und Nichteintretensentscheide) erreicht werden. Das bedeutet wiederum für Flüchtlinge mit komplexen Fällen und mit einer höheren Aussicht auf eine Anerkennung ihrer Fluchtgründe ein zusätzlich langes Warten auf ihren definitiven Entscheid. Denn: Alle Gesuche, die nicht an formalen Hürden scheitern und ernsthaft inhaltlich geprüft werden müssen, werden erst später, nach den «aussichtslosen Fällen» behandelt. Flüchtlinge, die also eher mit dem offiziellen Flüchtlingsstatus rechnen können, werden auch weiterhin teilweise sehr lange auf einen Entscheid des BFM warten müssen.

### Kasernenleben

Die Unterbringung von Flüchtlingen inmitten der Gesellschaft ist grundsätzlich zu begrüssen. Durch die Kasernierung der Flüchtlinge in umzäunten, dauerhaft kontrollierten Zentren wird jedoch massiv in deren Grundrechte eingegriffen – eine Restriktion, die entwürdigend und im Hinblick auf die Verfahrensabläufe unnötig und überflüssig ist. Offenbar besteht der einzige Grund der Kasernierung im besseren Zugriff auf die Flüchtlinge – ob sie nun zu «Renitenten» gemacht oder inhaftiert werden sollen (Ausschaffungs-, Durchsetzungs- oder Vorbereitungshaft). Dies spiegelt auch die räumliche Lage des geplanten Zentrums: Direkt an das geplante Zentrum angrenzend ist an der Förlibuckstrasse ein Posten der Stadtpolizei Zürich.

augenauf Zürich

## Klassenprimus Holland

Als «Asyl-Musterbeispiel» wird von staatlicher Seite in der Schweiz gerne das holländische Asylsystem herangezogen. Dabei weist dieses selbst gravierende Mängel auf. Und die Schweiz will auch nur die für sie genehmen Elemente übernehmen: In Holland werden Asylsuchende während des gesamten Asylverfahrens in grossen Zentren untergebracht. In Ter Apel beispielsweise, dem grössten seiner Art, stehen 1500 Flüchtlingen je nach Quelle zwischen 600 und 900 Angestellte gegenüber. Auf einer Fläche von über 400'000 m<sup>2</sup> leben die Menschen während ihres Verfahrens jeweils in zweistöckigen Baracken mit eigener Küche und in Viererzimmern.

Die Verfahren sind kürzer als in der Schweiz: Nach einer sogenannten Vorbereitungsphase, in der die Identität festgestellt wird und die Flüchtlinge (allerdings unzureichend) medizinisch untersucht werden, dauern die Verfahren idealtypisch vom Erstgespräch bis zum Entscheid acht (!) Tage.

Danach gelten 28 Tage Rekursfrist. Die schnellen Verfahren in Holland führen jedoch zu grossen Mängeln bei der Rechtssicherheit. Die in die Verfahren direkt involvierte Menschenrechtsorganisation «Vluchtelingenwerk» kritisiert, dass die «beschleunigten Verfahren» zum Normalfall geworden sind und für komplizierte Fälle die Vorbereitungszeit nicht ausreicht. Dies führt zu einer dürftigen Qualität der Entscheide in den Niederlanden, was sich unter anderem daran zeigt, dass 25 Prozent der Beschwerden gutgeheissen werden.

## Die Befragung

*Dschamila sitzt neben mir. Auf der anderen Seite rutscht ein gelangweilter, vom Migrationsamt bestellter Dolmetscher nervös auf dem Stuhl hin und her – beäugt von einer jungen Frau mit flinken Händen und einem ebenso gelangweilten Ausdruck im Gesicht. Der Befrager, gross, корпулент und stark schwitzend kommt herein und setzt sich mit dem Stuhl so nahe zu Dschamila hin, dass sie panisch rückwärts zu rutschen versucht. Links neben uns sitzt die Person vom Hilfswerk, die bei Asylbefragungen dabei sein muss, sich aber genau so wenig zum Verfahren äussern darf wie ich, die vertraute Begleiterin.*

*Dschamila ist nervös, die Finger sind fest verknotet und in den Augen glitzern versteckte Tränen. Ihre Angst ist nicht nur für mich spürbar, sie hängt tonnenschwer im Raum. Die Fragen des Entscheiders kommen wie Pistolenschüsse: Wie kamen Sie in die Schweiz? Wer hat Ihnen geholfen? Wie viel Geld haben Sie dem Schlepper bezahlt? Woher haben Sie überhaupt so viel Geld? Aus welchem Land kommen Sie? Ist Ihnen der Begriff Prostitution bekannt? Warum wollten Sie in die Schweiz? Wo haben Sie den Pass versteckt? Wer hat Sie über die Grenze gebracht? Wie alt sind Sie schon wieder? Stimmt es, dass Sie bei einer Rückreise in Gefahr sind? Warum glauben Sie, dass Sie in Gefahr sind? Wer will denn gerade Ihnen was tun? Warum haben Sie Angst? Sie sind doch eine erwachsene Frau ...*

*Dschamila duckt sich in den Sessel und wird immer kleiner. Ich sehe sie an und weiss augenblicklich, dass sie nichts mehr über die grausamen Gruppenvergewaltigungen in ihrem Dorf erzählen wird, obwohl ich ihr dazu geraten habe. Ihre Scham ist viel zu gross und sie weiss auch instinktiv, dass sie von diesem groben Beamten kein Verständnis zu erwarten hat. Jemand hat mir kürzlich erzählt, dass ein Befrager vom Migrationsamt in einem ähnlichen Fall folgenden Kommentar abgegeben hat: «Wenn im Kongo so viele Frauen vergewaltigt werden, ist das vermutlich dort gang und gäbe und somit kein persönlicher Grund, um Asyl zu bekommen.» Die junge Frau am Computer hämmert ungerührt und Kaugummi kauend alle Fragen und Antworten in die Tastatur. «Reden Sie doch endlich lauter!», fordert sie Dschamila schmatzend auf. Es hört sich an wie Stiefeltritte auf einer nassen Wiese. Ein leicht irritierter Dolmetscher schaut mich von der Seite her an. Dschamila weint. Sie weiss, dass sie bereits verloren hat – ohne zu wissen, dass auch hier Opfern von Vergewaltigungen fast nie Glauben geschenkt wird. Sie nimmt meine Hand und drückt sie, gerade so, als ob sie mir verzeihen würde, dass man ihr so viel Unrecht antut.*



*Dritter Preis im Frontex-Wettbewerb: Bild von Jose Cordoba.*



*Ausser Konkurrenz: Die Grenze zwischen oben und unten.*

Die Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen) hat kürzlich zu einem Fotowettbewerb unter dem Motto: «Ties that Bind: Bridging borders in modern Europe» eingeladen. Ziel der Competition war, «den unverwechselbaren Charakter der europäischen Grenzen auf dem ganzen Kontinent zu reflektieren und Inspiration aus der Schönheit der Landschaften Europas zu sammeln». Während jährlich Tausende Menschen beim Versuch, die Festung Europa zu überwinden, ums Leben kommen, oder zwangsweise abgeschoben, eingesperrt und in Internierungslager und Gefängnisse verfrachtet werden, lanciert die Frontex frech einen Wettbewerb, um «die einzigartige Natur europäischer Grenzen» einzufangen.

«Bridging borders» – Grenzen überbrücken: Laut Frontex geht es bei den Grenzen selbstredend nicht um Abwehrbarrieren, wie so oft und auch von uns behauptet wird, sondern um «wichtige Kreuzungen sozialer Integration». Aha. Und mit «Ties that Bind» sind im Fall Verbindungen zwischen den Ländern gemeint – und nicht etwa Fesselungsbänder, die bei Zwangsausschaffungen angewendet werden!

Die Jury, bestehend aus drei Frontex-Mitarbeitern und einem Fotografen, hat letzten Monat unter den Einsendungen die drei «schönsten Grenzbilder» ausgesucht. Die Gewinner erhielten 200, 250 und 500 Euro und dürfen am Gipfel der europäischen Grenzschützer in Warschau teilnehmen.

## Wir trauern um Moncef

Am 2. Mai 2013 hat Moncef S. aus Verzweiflung über seine bevorstehende Abschiebung nach Tunesien Selbstmord begangen. Es ist bereits der vierte bekannte Suizid im Zusammenhang mit Ausschaffungen in den letzten sechs Monaten.

Wir sind traurig über den Verlust eines Freundes und wütend über die gnadenlose und inhumane Asylpolitik, die keine Rücksicht auf Menschen nimmt, die aus guten Gründen zu uns geflüchtet sind. **augenauf**

### Impressum

Das augenauf-Bulletin erscheint mindestens viermal im Jahr. Herausgegeben von:

#### Gruppe augenauf

Postfach, 8026 Zürich  
Tel. 044-241 11 77  
PC 80-700 000-8  
mail: zuerich@augenauf.ch

#### augenauf Bern

Quartiergasse 17, 3013 Bern  
Tel. 031-332 02 35  
PC 46-186462-9  
mail: bern@augenauf.ch

#### AG augenauf Basel

Postfach, 4005 Basel  
Tel. 061-681 55 22  
PC 40-598705-0  
mail: basel@augenauf.ch

#### Homepage: [www.augenauf.ch](http://www.augenauf.ch)

*Wir danken Fotosatz Salinger für die Unterstützung – und freuen uns über jede andere ideelle und finanzielle Unterstützung.*